

PN BERUFSPOLITIK

Zweifel an Sicherheit bleiben bestehen

Auch nach der Präsentation der elektronischen Gesundheitskarte auf der CeBIT, driften die Meinungen zu diesem Projekt bei den Experten auseinander

(eb) – Vergleiche mit dem Mautsystem hört Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt nicht gerne im Zusammenhang mit ihrem Großprojekt: die Gesundheitskarte für alle Versicherten. Doch lassen sich auffällige Gemeinsamkeiten z.B. bei Kosten und Zeitdruck nicht von der Hand weisen. Auf der Computermesse CeBIT in Hannover wurde ein Muster des Plastikkärtchens mit dem Konterfei Ulla Schmidts vorgestellt. Laut Einschätzung der Kassenärztlichen Vereinigung und

des Branchenverbandes Bitkom wird die Einführung ungefähr 1,7 Milliarden Euro kosten. Diese Summe soll aber mit einer erwarteten Ersparnis von jährlich rund 1 Milliarde Euro wieder relativiert werden. Es bleibt also spannend. Inzwischen hat die CeBIT ihre Pforten längst wieder geschlossen, doch die Bedenken hinsichtlich der Sicherheit beim Datenschutz bleiben bestehen. Die Gesellschaft für Informatik (GI) prangert insbesondere an, dass hochvertrauliche Patientendatenzent-

ral gespeichert werden sollen, da der Speicherplatz auf der Karte hierfür nicht ausreichen wird. „Absolute Sicherheit im Internet gibt es nicht“, so der GI-Präsident Prof. Dr. Matthias Jake gegenüber der „Computer Zeitung“. Er fordert eine eingehende Aufklärung der Versicherten über das Sicherheitsrisiko, da seiner Meinung nach sonst die Gefahr bestünde, dass die Technik nicht angenommen werde. Nicht die Probleme mit der Datensicherheit, sondern die Kosten des Projekts beschäf-

tigen die KKH. Daher lautet ihr Vorschlag, die elektronische Gesundheitskarte ohne Foto des Versicherten zu produzieren. „Allein 60 Millionen Passfotos von den gesetzlichen Versicherten zu bekommen, bedeutet einen nicht akzeptablen Aufwand“, so Ingo Kailuweit, Vorstandsvorsitzender der KKH. Seiner Ansicht nach würde eine Legitimierung zusammen mit dem Personalausweis völlig ausreichen. Der finanzielle Aufwand steht in keinem Verhältnis zum Nutzen. Kailuweit sucht hier den Vergleich mit der gängigen Praxis bei Kredit-

karten werden zumeist ohne Foto des Kontoinhabers ausgestellt. „Der Effekt eines



Passfotos auf der Gesundheitskarte zur Verhinderung von Missbrauch wird überschätzt“, äußert Kailuweit seine Bedenken. „Die Politik ist verpflichtet, nicht nur die

Senkung des Beitragssatzes zu fordern, sondern diese aktiv zu begleiten und wie in diesem Fall unnötige Mehrausgaben zu verhindern.“

Bevor alle Bedenken vom Tisch sind, wird es wohl noch einige Zeit brauchen. Noch in diesem Jahr soll jedoch eine regionale Testphase starten. Frau Schmidt sieht dem Zeitplan der Einführung ab 2006 optimistisch gelassen ent-

gegen: „Nächstes Jahr ist auf jeden Fall die Karte da.“ Und sie werde „weder ein großes, noch ein kleines Toll Collect“, so die überzeugte Ministerin auf der CeBIT. ☐

Änderung der GOZ wird vorangebracht

Senatsvorschlag für „Konservierende Leistungen“ bei Arbeitstreffen vorgestellt

Lange Jahre permanenten Forderns der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) haben dazu beigetragen, die Novellierung der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) in Gang zu bringen. Gelegenheit dazu besteht bei den Arbeitstreffen im Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) zur Novellierung der GOZ, dessen siebte Auflage Anfang März in Bonn stattfand. Neben Vertretern der BZÄK und des BMGS nehmen daran auch die Beihilfe gewährenden Stellen und der PKV-Verband teil. Mit dem Senat für privates Leistungs- und Gebührenrecht hat die BZÄK ein Gremium geschaffen, das in fachlicher Kompetenz mit seinen Entwürfen und Vorschlägen die Vorstellungen der Zahnärzteschaft durchsetzen und eine drohende Bematisierung der GOZ verhindern soll. Weil über die Einführung der Festzuschüsse mit andersartigen Leistungen zunehmend auch gesetzlich Krankenversicherte mit der GOZ konfrontiert werden, schwebt dem BMGS allerdings eine weitgehende Angleichung an den BEMA vor. Die Vorschläge des BMGS laufen auf eine 1:1-Kopie des BEMA hinaus, ergänzt durch fehlende GOZ-Leistungen. Diesen „Entwurf“ sollen jetzt die Vertreter der BZÄK bewerten, die auf Vorstandsbeschluss an den Gesprächen im BMGS beteiligt sind.

Auf der Tagesordnung des jüngsten Treffens stand u.a. der Abschnitt „Konservierende Leistungen“. Der Entwurf dazu war der BZÄK im Vorfeld zur schriftlichen Stellungnahme vorgelegt worden. Die Kernarbeitsgruppe des Senats für privates Leistungs- und Gebührenrecht hatte daraufhin einen fachlich fundierten Gegenvorschlag erarbeitet, der auf der „Neubeschreibung einer präventionsorientierten Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde“ fußt und darauf zielt, die in diesem Entwurf erkennbaren Mängel eines „BEMA-Effekts“ auszugleichen. Äußerst hilfreich dabei war die Unterstützung durch Prof. Dr. Elmar Hellwig, der sowohl an der Vorbereitung als auch an der Diskussion im BMGS teilnahm. Er zeichnet auch verantwortlich für den Bereich der konservierenden Leistungen im Projekt „Neubeschreibung einer präventionsorientierten ZMK“. Die Tatsache, dass sich das BMGS in den Arbeitstreffen als reiner Moderator versteht und sich nicht selbst positioniert, lässt kaum Prognosen über den Ausgang von Meinungsverschiedenheiten der jeweiligen Interessenvertreter zu. Hier beschränkt sich das BMGS jeweils auf die Feststellung eines Dissens und verschiebt die Entscheidung auf den Referentenentwurf. ☐

Quelle: BZÄK

Novellierung...

Fortsetzung von Seite 1

Dr. Michael Frank, Präsident der Landes Zahnärztekammer Hessen und Mitglied im Bundesvorstand der Bundeszahnärztekammer unterstreicht: „Mit der neuen Approbationsordnung für das Studium der Zahnheilkunde haben wir eine grundlegende

Neugewichtung der Ausbildungsinhalte vorgenommen, um das wissenschaftliche Leistungsvermögen an den Hochschulen zu steigern und um den Studierenden die fachliche Weiterentwicklung für die Anforderungen an eine moderne und interdisziplinäre ausgerichtete Zahnheilkunde zu ermöglichen. ☐

ANZEIGE

Entscheidend
für eine Idee ist nie,
wie sie sich verwirklicht,
sondern was sie an Wirklichkeit enthält.

Stefan Zweig

LIFECORE
BIOMEDICAL

40 Jahre Erfahrung ist mehr als eine Idee.

Lifecore Biomedical GmbH Jägerstraße 66 53347 Alfter
Telefon 02222 - 92 94-0 Fax 02222 - 97 73 56
www.lifecore.de eMail: info@lifecore.de